

Falschmeldungen zum Bürgergeld

Das Konzept des Bürgergeldes erlebt eine wechselvolle Geschichte. Der Grundgedanke, im Rahmen der Umverteilungspolitik allen Bürgern von Staats wegen einen gewissen Einkommensgrundbetrag auszuzahlen, ist alt. Hieraus wurde in den späteren achtziger Jahren das Konzept einer Vollbeschäftigungsgesellschaft entwickelt, in der das Bürgergeld die politische Legitimation dafür liefert, marktkonforme - und daher in einem nicht-statistischen Wortsinn vollbeschäftigungssichernde - Lohnstrukturen entstehen zu lassen.¹ Dabei entstand auch der Begriff Bürgergeld, der in der Folge allerdings von politischen Parteien in Deutschland für stark verwässerte Umverteilungskonzepte missbraucht wurde.²

Die Basis der Bürgergeldidee erlebt derzeit unter der Bezeichnung eines bedingungslosen Grundeinkommens einen temporären Aufschwung. Dabei zeigt sich allerdings, dass das Potential wie auch die natürlichen Grenzen dieses Konzeptes auch zwei Jahrzehnte nach seiner Entstehung noch immer nicht verstanden sind. Die meisten Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens verstehen nicht, wie hoch bzw. wie niedrig ein Bürgergeld aus unausweichlichen ökonomischen Gründen zu sein hätte. Dessen Gegner dagegen sind viel zu sehr im herkömmlichen ökonomischen und sozialpolitischen Denken verwurzelt, um sich das Potential dieses Konzepts vollständig erschließen zu können. Zutreffend wäre allein die Vermutung, dass ein Bürgergeld sich nicht als schlichte Reform eines bestehenden sozial- und beschäf-

¹ So insbesondere in folgenden Publikationen des Autors: Der lange Abschied vom Sozialismus, Frankfurt 1990, Die Katastrophen der Demokratie, Darmstadt 1991, Nationalstaat, Solidarstaat, Effizienzstaat, Darmstadt 1992, Der Neue Sozialstaat, Opladen 1992, Die Logik der Politik und das Elend der Ökonomie, Darmstadt 1995, in diversen weiteren Buchpublikationen und in Beiträgen zum Thema Sozialstaat in www.reformforum-neopolis.de.

² Die ausufernde missbräuchliche Verwendung des Bürgergeldbegriffs war schon frühzeitig Anlass, eine Unterscheidung zwischen "echtem" und "unechtem" Bürgergeld zu treffen. S. hierzu Kap. 12 in B. Wehner, Die Logik der Politik und das Elend der Ökonomie, Darmstadt 1995, sowie "Die Logik des Bürgergeldes" in www.reformforum-neopolis.de. In die Kategorie des unechten Bürgergeldes fallen Konzepte wie die so genannte negative Einkommensteuer, Lohnsubventionen an Niedrigverdiener oder deren Arbeitgeber und viele andere Sozialleistungen konventioneller Art. Echtes Bürgergeld dagegen ist eine Leistung des Sozialstaats, die in prinzipiell gleicher Höhe an jeden Bürger ohne Vorbedingung, also auch ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt wird.

tigungspolitischen Systems realisieren ließe. Auf lange Sicht gesehen wäre es eine sozial- und beschäftigungspolitische Revolution.

Das derzeit propagierte Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens deckt sich insofern mit der Bürgergeldidee, als es tatsächlich von Bedürftigkeitsprüfungen absieht und damit auch einem so genannten Nichteinmischungsanspruch der Bürger gegenüber ihrem Staat gerecht würde. Dennoch verfängt dieses Konzept sich in ökonomischen und noch viel mehr in den politischen Fallstricken herkömmlichen sozialpolitischen Denkens. Dies hat mindestens fünf elementare Denkfehler zur Folge.

Erstens wird übersehen, dass eine aus dem erzielbaren Steueraufkommen bezahlbare Grundsicherung für alle nicht durch das Bürgergeld allein sichergestellt werden kann. Bezahlbar ist eine solche Grundsicherung nur, wenn zum Bürgergeld weitere Einkommensbestandteile hinzutreten. Dies wäre entweder ein eigenes Arbeits- oder Kapitaleinkommen oder das eines Lebenspartners, oder es wären die Leistungen einer von mehreren Pflichtversicherungen. Die Existenzsicherung für alle ergäbe sich also aus einer Kombination von Bürgergeld und Versicherungspflicht, nicht durch das Bürgergeld allein. Nur auf diese Weise würde im Übrigen aus dem Bürgergeld auch ein Instrument der Beschäftigungspolitik, das Vollbeschäftigung in einem nicht-statischen Sinn des Wortes entstehen ließe.

Der zweite Denkfehler betrifft die politischen Entscheidungsprozesse. Die meisten derzeitigen Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens glauben offenbar ernsthaft, dass herkömmliche Politik im herkömmlichen Staat in absehbarer Zukunft den Weg zu einem Bürgergeldsystem finden könnte. Sogar von Seiten wissenschaftlich kompetenter Ökonomen verlautet, die von einer gegenwärtigen Regierung propagierte Politik der kleinen sozialpolitischen Schritte könne in eine Entscheidung für ein bedingungsloses Grundeinkommen und damit für ein Bürgergeldsystem im echten Wortsinn münden. Diese Vorstellung zeigt aber nur, wie wenig die ökonomische Betrachtung noch von einer Analyse politischer Entscheidungsprozesse berührt ist. Das echte Bürgergeld ist kein Konzept für bestehende Parteien, weder für regierende noch für oppositionelle. Dieses Konzept passt nicht in eine bestehende politische Ordnung, die auf Selbsterhaltung angelegt ist und sich nicht selbst aus den Angeln heben kann. Wer wirklich ein echtes Bürgergeld will, muss daher erst einmal einen anderen Staat wollen. Er muss eine Demokratie wollen, die so langfristig angelegten, generationenübergreifenden Verände-

rungsprozessen wie der Einführung und Fortführung eines Bürgergeldes wirklich gewachsen wäre. Dies könnte nur eine Demokratie mit neokratischen Eigenschaften sein.

Ein weiterer Denkfehler von Befürwortern des bedingungslosen Grundeinkommens besteht darin, den bestehenden Staat als Solidargemeinschaft für selbstverständlich zu nehmen. Wer aber ein echtes Bürgergeld auf seine Fahnen schreibt, der muss sich auch der Frage stellen, welcher Kreis von Bürgern sich wirklich als Solidargemeinschaft zusammengehörig fühlen und gemeinsame politische Entscheidungen über ein Bürgergeld treffen könnte. Rein theoretisch könnten dies beispielsweise die Bürger des derzeitigen deutschen Staates sein, oder es könnten - noch theoretischer gedacht - die Staatsbürger einer künftigen europäischen Union sein. Ein wirklich offener politischer Prozess würde in dieser Hinsicht aber früher oder später zu anderen Ergebnissen führen. In welchem Personenkreis auf welche Weise sozialstaatliche Solidarität geübt werden sollte, ist daher eine Frage, auf die nur in ganz und gar neuartigen politischen Entscheidungsprozessen zeitgemäße Antworten gefunden werden können. Auch deswegen sollte man kein echtes Bürgergeld propagieren, ohne auf die notwendigen Wandlungen der politischen Ordnung einzugehen. Man sollte insbesondere nicht, wie es selbst in Kreisen der Wissenschaft derzeit geschieht, auf den Beifall jener schießen, die über die bestehende politische Ordnung nicht hinausdenken können oder wollen.

Ein weiterer Denkfehler selbst ökonomisch kompetenter Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens ist das Fehlen eines nachhaltigen Finanzierungskonzepts. Ein Bürgergeld ist ein auf der Ausgabenseite hoch transparentes Instrument der Solidarpolitik, das einer ebensolchen Transparenz auch auf der Einnahmenseite, also der Seite der Steuerfinanzierung bedarf. Transparent würde der Zusammenhang zwischen solidarischer Leistung und deren Finanzierung aber auf Dauer nur dann, wenn hierfür eine ganz eigenständige und als solche ausgewiesene Solidar- bzw. Bürgergeldsteuer erhoben würde. Alles andere wäre nur die Fortsetzung einer undurchschaubaren Sozialpolitik, wie sie seit dem vorvorigen Jahrhundert im herkömmlichen Staat gewachsen ist.

Die derzeitigen Befürworter eines Bürgergeldes übersehen schließlich, dass dieses nicht nur ein hoch wirksames Instrument der Sozial- und der Beschäftigungspolitik wäre, sondern dass es nicht weniger wirksam für so herausragende Staatsaufgaben wie wirtschaftliche Stabilität und insbesondere auch für

demographische Kontinuität eingesetzt werden könnte. Dies verleiht dem echten Bürgergeld ganz unabhängig von allen Debatten über die zeitgemäße Form gesellschaftlicher Solidarität allerhöchste politische Priorität.³

Solche bedeutsamen Aspekte des Bürgergeldkonzepts vorübergehend außer Acht zu lassen mag noch verzeihlich sein. Unverzeihlich ist aber, wenn dabei die Probleme der politischen Ordnung ignoriert werden. Wer das Bürgergeld, wer also ein solide finanziertes und vollbeschäftigungspolitisch wirksames bedingungsloses Grundeinkommen wirklich will, der müsste erst einmal eine andere, nämlich eine neokratisch geprägte politische Ordnung wollen.

04 – 2007

³ S. hierzu u.a. auch *Bürgergeld und Neokratie. Erschütterungen des politischen Denkens* in www.reformforum-neopolis.de